

# Stellungnahme der OMV zu den Novellen 2023 der GMO-VO 2017, GMMO-VO 2020, G-EnLD-VO 2017

OMV Aktiengesellschaft

OMV bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Begutachtungsentwürfen der Gas-Monitoring-Verordnung 2017 (GMO-VO 2017), der Gas-Marktmodell-Verordnung 2020 (GMMO-VO 2020) sowie der Erdgas-Energielenkungsdaten-Verordnung 2017 (G-EnLD-VO 2017) – Novellen 2023 und nimmt Stellung wie folgt:

## **1. Detaillierte Anmerkungen - Gas-Monitoring-Verordnung 2017 (GMO-VO 2017) - Novelle 2023**

### **§ 7 Abs 1 (Meldepflichten des Betreibers des Virtuellen Handelspunktes)**

- Wir schlagen vor, die Meldepflichten des Betreibers des Virtuellen Handelspunktes wie in der Gas-Monitoring-Verordnung 2017 vorgesehen zu belassen.
- Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass dem Betreiber des virtuellen Handelspunktes keine Informationen zu den einzelnen Handelsgeschäften vorliegen. Er kann daher die neu geforderten Daten nicht zur Verfügung stellen.

### **§ 11a**

- Die Daten, welche die Regulierungsbehörde E-Control von den TSOs abfragen möchte, sind unserer Ansicht nach bereits seit geraumer Zeit in der ENTSOG-Transparency Datenbank abrufbar.
- Eine Veröffentlichung der von der E-Control eingeholten Daten würden wir aus Transparenzgründen begrüßen, damit gegebenenfalls ein Quercheck der Daten auf Konsistenz gemacht werden kann.

### **§ 13 Abs 2 und Abs 3 Z 4 (Interner Mindestpreis)**

- Wie in den Erläuterungen ausgeführt dienen diese Daten dazu, die diskriminierungsfreie Vergabe der Speicherkapazitäten im System des verhandelten Speicherzugangs zu überprüfen bzw. einen zeitnahen Überblick über die Marktsituation zu bekommen.
- Jegliche Aufsicht der Behörde ist immer eine sog "Rechtsaufsicht", d.h. es geht um die Korrektur rechtswidrigen Verhaltens. Es ist daher nicht ersichtlich, zu welchen Zwecken diese Daten benötigt werden.
- Der Regulierungsbehörde E-Control liegen ja bereits sämtliche Speicherverträge vor. Zusätzlich können mit den Angaben zu den angebotenen und vergebenen Kapazitäten sowie die Gebotsspannen der Bieter ein vollständiges Bild zur jeweiligen Marktlage gewonnen werden. Daher ist der interne Mindestpreis weder zur Beurteilung der Marktlage noch zur diskriminierungsfreien Vergabe der Kapazitäten von Relevanz.
- Es ist uns wichtig festzuhalten, dass der interne Mindestpreis keinerlei Indikation für einen kostenbasierten Speichertarif liefert. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Pflicht zur Veröffentlichung von Speichertarifen für Standardprodukte, die auf der Website der Speicherunternehmen veröffentlicht werden. Bei den bilateral verhandelten

Verträgen gibt es immer nur den mit dem Speicherkunden vereinbarten Preis, aber keine Bandbreite und keinen gesondert festgelegten Mindestpreis.

- Hinsichtlich der Datenübermittlung handelt es sich um wirtschaftlich sensible Information für die eine Übersendung per Excel-Listen ungeeignet ist. Hier müsste auf ein verschlüsseltes System oder eine sichere Upload-Möglichkeit umgestellt werden. Um den Administrationsaufwand in Grenzen zu halten, sollte zudem das Meldeintervall auf 1–2-mal pro Jahr reduziert werden. Zudem fehlt in der Datenabfrage der Bezugszeitraum für die Auktionsergebnisse. Daher wären die Daten zur Beurteilung der Marktlage zum Zeitpunkt des Verkaufs der Kapazitäten wenig aussagekräftig.

## **2. Detaillierte Anmerkungen - Gas-Marktmodell-Verordnung 2020 (GMMO-VO 2020) - Novelle 2023**

### **§§ 19 Abs 3a und Abs 5**

- Diese Ergänzungen begrüßen wir ausdrücklich.

### **§ 31 Abs 4a**

- Wir unterstützen ein OBA ausdrücklich. Wir möchten sogar weitergehen und einen verpflichtenden Abschluss für alle Biogas Einspeisungen vorschlagen, da dies den Anlagenbetreiber die Planbarkeit der Kosten aus dem Titel Ausgleichsenergie erleichtert.

### **§ 25 Abs 2,3 und 5**

- Wir begrüßen ganz ausdrücklich die nun erhöhte Transparenz in § 25 Abs 2, 3 und 5

### **§ 25 Abs 3**

- Die Eingrenzung auf besondere Fälle sehen wir positiv, z.B. bei besonderen Preisausschlägen, damit die Liquidität der AGCS stabilisiert wird. Wir ersuchen um Veröffentlichung der Gründe für die außerordentliche Anpassung innerhalb eines Quartals, damit wir gegenüber unseren Kunden auf eine offizielle Stellungnahme Seitens AGCS/E-Control verweisen können.
- Hinsichtlich einer etwaigen Umlagenrückführung möchten wir anführen, dass dies nach derzeitiger Regelung im Rahmen einer negativen Umlage an die aktuell am Markt tätigen Marktteilnehmer erfolgt, ohne Differenzierung nach dem Anteil an den vorangegangenen Einzahlungen durch die jeweiligen Unternehmen. Wir regen hierzu an, eine entsprechende Regelung zu erlassen, wonach im Falle einer Umlagenrückführung diese (vorrangig) an jene Unternehmen erfolgt, die sich für den vorherigen Aufbau des Umlagebetrages verantwortlich zeigen. Insbesondere wird dies relevant, durch die im Jahr 2022 erfolgte deutliche finanzielle Aufstockung des Umlagekontos zur Liquiditätssicherung der Bilanzierungsstelle.

- Wir erlauben uns zudem darauf hinzuweisen, dass in weiterer Folge auch eine entsprechende Anpassung der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung (GSNE-VO) notwendig ist (so z.B. in § 2 Abs 1 Z 13 GSNE-VO).

### § 32 (6) Z 3

- Eine Meldung getrennt nach Speicheranlage ist je nach geographischer Situation nicht für alle Speicheranlagen gleichermaßen zielführend, vor allem wenn die Speicher nur wenige Kilometer voneinander entfernt am gleichen Leitungsstrang lokalisiert sind.
- Es wird folgende Ergänzung im Verordnungsentwurf vorgeschlagen:

3.

*die Übermittlung der Informationen über die ein- und ausgespeisten Mengen und die verfügbare Kapazität sowie über das Arbeitsgasvolumen **sowie - nach Aufforderung durch den MVGM über die Notwendigkeit der Daten für die Zuordnung - je Speicheranlage** auf täglicher Basis an den MVGM*

### Ab 1.1.24 Ist-Brennwert-Verrechnung

- Hier müsste eine Änderung der Gassystemnutzungsentgeltverordnung einhergehen

## 3. Detaillierte Anmerkungen - Erdgas-Energielenkungsdaten-Verordnung 2017 (G-EnLD-VO 2017) - Novelle 2023

### § 1 Abs 1 Z 18a und § 10 Abs 2 - „konzerninterne Gasversorgung“

- Die OMV Raffinerie fällt unter die neue Definition „konzerninterne Gasversorgung“ durch OMV Gas. Jedoch ist es nicht möglich den „größten Vorlieferanten“ zu nennen, da das Gas aus einem Portfolio der OMV Gas stammt und somit der Lieferant unbekannt ist.
- Auch aus Sicht der OMV Gas möchten wir ausdrücklich auf unser diversifiziertes Gesamtportfolio hinweisen (kein back-to-back Geschäft), somit können wir die Bezugsmengen keinem spezifischen Kunden zuordnen.
- Auch ist es fraglich, ob man diese Informationen an den konzerninternen Käufer weitergeben darf. Es stellt sich weiters die Frage, aus welchem Grund diese Information gemeldet werden muss.

### § 2 Abs 3

- der Absatz 3 spricht von täglicher Abgabe an leistungsgemessene Kunden, die Mengenmeldung sämtlicher Daten aus §2 erfolgt auf Stundenbasis. Wir sehen hier einen geringfügigen Widerspruch, der durch Weglassen des Wortes „tägliche“ leicht bereinigt werden kann.

### § 3 (1)

- Eine tägliche Meldung der Polstergasmenge ist überschießend und nicht zielführend. Ein Zugriff auf „Kissengas bzw. Polstergas“ hätte Auswirkungen in Form von Beschränkungen der Betriebsparameter einer Speicheranlage. Dem Speicherbetreiber drohen bei einem eklatanten Verstoß gegen zugelassene Betriebsparameter der Verlust der Speicherlizenz durch die Bergbehörde.

Hierfür würde den bergrechtlich verantwortlichen Personen auch eine persönliche verwaltungs- und strafrechtliche Haftung drohen. Grundsätzlich sind die technischen Betriebsbedingungen der Speicher bereits hinsichtlich des maximalen Arbeitsgasvolumens sowie hoher Ein- und Ausspeicherraten optimiert. Werden diese Betriebsbedingungen nicht eingehalten, wirkt sich dies insbesondere auf die künftige Leistungsfähigkeit der Speicher aus.

Da ein Zugriff auf Polstergasmengen aufgrund der nachfolgenden technischen Schädigung von Porenspeichern nicht zur Disposition steht, ändert sich die Menge grundsätzlich nicht. Daher scheint eine tägliche Meldung nicht zielführend zu sein.

- Generell möchten wir anmerken, dass mit verschiedensten Verordnungen mittlerweile Daten auch mehrfach abgefragt werden, was zu einem enormen administrativen und monetären Aufwand der Marktteilnehmer:innen führt. So wird zum Beispiel der tägliche Speicherinhalt bereits unter § 3 Energielenkungsdaten-VO oder auch § 12 Gasmonitoring-VO abgefragt.
- Insofern darf nochmals ausdrücklich ersucht werden, die Notwendigkeit der einzelnen geforderten Daten zu überprüfen und die Meldungsnachfrage zu straffen, Doppelmeldung zu vermeiden und nur für den Krisenfall gemäß SOS-VO die Nachfragesequenz zu erhöhen.

### § 5a

- Die Übermittlung der in § 5a von Versorgerseite abgefragten Daten ist schlichtweg nicht administrierbar, da sämtliche Termingeschäfte mitumfasst sind. Gerade Termingeschäfte unterliegen im Rahmen des Portfoliomanagements regelmäßigen Änderungen (Käufe/Verkäufe). Eine diesbezügliche jährliche Erhebung wäre somit mit einem hohen Aufwand verbunden. Es erscheint uns die Granularität der Daten für den benötigten Zweck überschießend zu sein.
- Alle Deals, die wir als Händler oder Versorger tätigen sind bereits in der REMIT-VO abgebildet. Wir schlagen daher aus Effizienzgründen vor, hier eine virtuelle Verknüpfung mit der REMIT Datenbank einzurichten.

### § 5 (Endverbraucher)

- In der geltenden Fassung wird der Begriff "Endverbraucher" verwendet. Um konsistent zu sein bitten wir, auch in der Novelle den Begriff "Endverbraucher" und nicht "Endkunde" (wie z.B. in §5a) zu verwenden.